

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungen	XIII
Quellen und Literatur	XVI
A. Einleitung	1
I. Fragestellung und Aufbau der Arbeit	2
II. Forschung und Quellen	7
B. Gesetzlicher Rahmen und Organisation	14
I. Gesetze und Verordnungen zur fiskalischen Diskriminierung und Beraubung der deutschen Juden	14
1. Steuerliche Diskriminierung und Sondersteuern	14
2. Reichsfluchtsteuer und Devisenregelungen für Emi- granten	18
3. Die „Aktion 3“ – Verwaltung und Verwertung des Eigen- tums der Deportierten	24
II. Die Finanzverwaltung in Bayern	32
1. Neuaufbau der Finanzverwaltung als Reichsbehörde in der Weimarer Republik	32
2. Aufbau und Personal der Finanzverwaltung in Bayern 1933–1945	36
3. Die Dienststelle für Vermögensverwertung im Ober- finanzpräsidium München	49
C. Praxis der Verwertung jüdischen Vermögens	62
I. Kooperationen und Konflikte bei der Verwaltung und Verwertung jüdischen Vermögens	62
1. Richtlinien für die Finanzbeamten bei der „Aktion 3“ ...	62
2. Kooperation mit den Kommunen – Die Verwertung jüdischen Eigentums in Nürnberg und Fürth	67
3. Konflikte zwischen Finanzbehörde und Kommunal- verwaltung: das Beispiel Bamberg	71
4. Individuelle Bereicherung: das Beispiel Gerolzhofen	81
5. Die Verwertung von Umzugsgut	87

6. Konkurrenz mit „Arisierungsstellen“ der NSDAP bei der Verwertung jüdischer Grundstücke und Immobilien	93
7. Die Verwaltung und Verwertung der „sichergestellten“ Kunstwerke der Pogromnacht 1938 in München.	104
II. Profiteure der Verwertung	111
1. Behörden der Reichsfinanzverwaltung	111
2. Kritik der Bevölkerung an der Bevorzugung der Finanzbehörden bei der Verwertung jüdischen Eigentums	126
3. Bombenkriegsgeschädigte und Käufer aus der Bevölkerung.	129
4. Mittelbare Profiteure.	136
5. Profiteure der Verwertung jüdischen Eigentums im Oberfinanzbezirk München im Überblick.	139
6. Probleme einer quantitativen Bilanz des entzogenen jüdischen Privateigentums	142
III. Bürokratischer Antisemitismus bei der Durchführung der „Aktion 3“	147
1. Antisemitische Stereotypen im Behördenalltag	147
2. Antijüdische Radikalisierung bürokratischen Handelns . .	155
3. Finanzbeamte und der Holocaust	159
IV. Steuerliche Diskriminierung und Verwaltung des Vermögens der jüdischen Kultusgemeinden	163
1. Steuerpolitik gegen jüdische Einrichtungen	163
2. Verwaltung des Vermögens der jüdischen Gemeinden durch die staatlichen Finanzbehörden ab 1943	167
a) Sonderfall Friedhöfe	169
b) Die „Verwaltung und Verwertung“ des Eigentums der Kultusgemeinde in München	172
c) Einrichtungen der Kultusgemeinde in Nürnberg.	182
D. Einzelschicksale jüdischer Verfolgter	186
I. „Ich kann mich noch schwach entsinnen, dass B. ein großer Auftrag war.“ – Plünderung des Umzugsgutes einer Münchner Ledergrößhändlerfamilie	186
II. „Ich habe ja das Anwesen im wesentlichen erworben, um eine nach menschlichem Vorausschen sichere Wohnstätte zu haben“ – Der Kampf von Elisabeth Braun um einen Lebensort in München	190

III. „Der Nachweis, ob die B. noch lebt, ist nicht mehr zu erbringen.“ – Im Schatten des Holocaust.	194
E. Zusammenfassung	199

Anhang

I. Dokumente zur Koordination und Durchführung der „Aktion 3“ vor Ort in den Oberfinanzbezirken München und Nürnberg	214
1: Aufzeichnungen über die Besprechung mit Regierungsrat Dr. Schwarzat vom Reichsfinanzministerium in Anwesenheit der Vertreter von Stuttgart und Nürnberg, ohne Datum (6. 11. 1941)	214
2: Notizen über eine Sonderbesprechung mit den Vertretern der Oberfinanzpräsidien Stuttgart und München vom 7. 11. 1941.	220
3: Schreiben des Finanzamtsvorstehers Bamberg-Land an das Oberfinanzpräsidium Nürnberg vom 20. 4. 1942 über Erfahrungen auf dem Gebiet der Zusammenarbeit mit der Stadt Bamberg (Ausschnitt)	222
4: Schreiben des Finanzamts Neumarkt an das Oberfinanzpräsidium Nürnberg vom 4. 7. 1942 über die Räumung von jüdischen Wohnungen im Rahmen der „Aktion 3“	226
II. Dokumente über die Bereicherung der Finanzverwaltung aus der „Aktion 3“	228
5: Schreiben der Reichsfinanzschule Leipa an das Oberfinanzpräsidium Nürnberg vom 15. 1. 1942 wegen Bettwäsche und anderen Gegenständen aus jüdischem Besitz.	228
6: Schreiben des Finanzamts Aschaffenburg an das Oberfinanzpräsidium Nürnberg vom 26. 8. 1942 über Betten und Schlafzimmer aus jüdischem Besitz für die Ausstattung von Reichsfinanzschulen	229
7: Niederschrift über eine Befragung von Finanzbeamten aus dem Finanzamtsbezirk Gerolzhofen vom 15. 7. 1942 wegen Beschwerden über Vorteilsnahme	230

8: Abschrift eines Beschwerdebriefes an den Reichsstatthalter von Bayern Ritter von Epp vom 24. 9. 1942 über die Bevorzugung der Finanzbeamten bei der „Aktion 3“	231
III. Anfragen an die Finanzbehörden wegen Gegenständen aus jüdischem Besitz	233
9: Anfrage an ein Nürnberger Finanzamt vom 6. 1. 1942 wegen Geschirr und Wäsche aus jüdischem Besitz	233
10: Anfrage der Diakonissenanstalt Martha-Maria an das Oberfinanzpräsidium Nürnberg vom 8. 1. 1942 wegen eines Flügels aus jüdischem Besitz	233
11: Schreiben der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth, an das Oberfinanzpräsidium Nürnberg vom 27. 1. 1942 wegen des Erwerbs von Möbeln aus der Schule der israelitischen Kultusgemeinde durch die Stadt Bamberg.	234
12: Schreiben der Fremdenheimbetreiberin Mathilda R. an das Oberfinanzpräsidium München vom 15. 4. 1942 wegen eines Herrenzimmers aus jüdischem Besitz	235
13: Anfrage an den Oberfinanzpräsidenten Nürnberg vom 24. 4. 1942 wegen eines Grundstücks aus jüdischem Besitz und abschlägige Antwort vom 4. 5. 1942.	236
14: Anfrage eines Textilwerks an das Oberfinanzpräsidium Nürnberg vom 18. 7. 1942 wegen Nähmaschinen für eine Fabrik im Ghetto Warschau und abschlägige Antwort vom 7. 9. 1942.	237
15: Schreiben des Finanzamts Bamberg-Land an das Oberfinanzpräsidium Nürnberg vom 18. 8. 1942 wegen Möbeln aus der „Aktion 3“, die angeblich schon an Nachbarn verkauft waren	239
IV. Vergebliche Suche nach „Lebenszeichen“ von Deportierten – Fallbeispiele aus Bamberg und Würzburg	241
16: Schreiben des Oberfinanzpräsidiums Nürnberg an das Finanzamt Bamberg-Land vom 9. 4. 1942 wegen eines „Lebensnachweises“ einer deportierten Jüdin aus Bamberg ..	241

17: Schriftwechsel zwischen dem Oberfinanzpräsidium Nürnberg und dem Finanzamt Würzburg von April bis Juni 1944 wegen eines „Lebenszeichens“ einer deportierten Jüdin aus Würzburg	241
V. Berichte über die Tätigkeit der Finanzbehörden bei der wirtschaftlichen Verfolgung der Juden im „Dritten Reich“ aus der frühen Nachkriegszeit	245
18: Bericht über die Tätigkeit der „Arisierungsstelle“ Nürnberg vom 3. 7. 1945	245
19: Schreiben des Oberfinanzpräsidiums München an das Bayerische Staatsministerium der Finanzen vom 8. 10. 1946 zur Bilanz der Enteignung jüdischen Vermögens in der NS-Zeit	256
20: Schreiben des Finanzamts Nürnberg-Augustinerstraße an das Oberfinanzpräsidium Nürnberg vom 8. 10. 1946 zur Bilanz der Enteignung jüdischen Vermögens in der NS-Zeit	262
Personenregister	265